



Links: Warschau am 11. November 2017. Protestierende entzünden beim „Marsch für die Unabhängigkeit“ bengalische Feuer. © Grzegorz Zukowski



DIE 14 FRAUEN VON DER PONIATOWSKI-BRÜCKE

14 Frauen demonstrieren in Warschau friedlich gegen Rassismus – und werden dafür beschimpft und angegriffen. Weder die Polizei noch die Regierung beschützen die Demonstrantinnen. Wie kann das sein?

Am polnischen Unabhängigkeitstag flattern Flaggen in den Farben rot und weiß durch die Hauptstadt Warschau. Aus der Ferne sind Knallkörper zu hören. Der 11. November 2017 ist ein grauer Tag. 13 Frauen mit einem weißen Banner stellen sich auf die Straße nahe der Poniatowski-Brücke. Eine 14. Frau filmt das Geschehen. „Stoppt Faschismus“ steht auf dem sieben Meter langen Banner geschrieben. Die Frauen wiederholen es immer wieder. Sie demonstrieren für ein friedliches, anti-rassistisches Polen.

Wenige Meter neben dieser Kundgebung zieht eine andere Demonstration vorbei: Eine Gruppe aus Nationalist*innen marschiert durch die Straßen, in ihren Händen halten sie die polnische Flagge. Sie fordern ein „weißes Polen und Europa“.

Jedes Jahr am 11. November gehen die Menschen in Warschau auf die Straßen. Sie feiern Polens Unabhängigkeit im Jahr 1918 nach der jahrzehntelangen Teilung des Staates durch Preußen, Österreich-Ungarn und Russland. Neben offiziellen Feierlichkeiten finden an diesem Tag auch Märsche nationalistischer Organisationen statt – so auch am 11. November 2017 nahe der Poniatowski-Brücke. Doch an diesem Tag entschieden 14 Frauen, dass sie fremdenfeindlichen, faschistischen Parolen nicht tatenlos zuhören wollten: Sie stellten sich mit ihrem Banner auf die Straße und erhoben inmitten einer Demonstration, deren Teilnehmer*innen rassistische Parolen schrien, ihre Stimmen für Toleranz und gegenseitigen Respekt.

Die Situation eskaliert schnell: Ein Video auf YouTube zeigt, wie einige Demonstrant*innen immer wieder nach dem Banner der Frauen greifen. Die Frauen rufen „Stoppt Faschismus“ und versuchen, den Banner und sich selbst auf den Füßen zu halten. „Sie fingen an, an unserer Kleidung zu ziehen. Sie beschimpften uns. Ich wurde mehrere Male von hinten getreten. Seitdem habe ich Probleme mit meinem Nacken“, erzählt Elzbieta. Die 49-jährige Psychotherapeutin ist eine der Demonstrantinnen, die wegen ihres friedlichen Protests beschimpft, getreten, geschlagen, gewürgt und bespuckt wurden.

POLIZEI BLEIBT UNTÄTIG

Wie eine große Decke liegt der Banner über den Frauen. Sie können sich nicht länger auf den Füßen halten und sitzen nun am Boden. Einige Demonstrierende und Organisator*innen der Veranstaltung versuchen, die Frauen zu beschützen. Doch sie haben keine Chance, die teils betrunkenen Angreifer*innen aufzuhalten. Das schildert Elzbieta, eine der 14 Frauen. Eine Demonstrantin wird zu Fall gebracht, verliert das Bewusstsein und muss medizinisch versorgt werden. Eine

Aktivistin habe anschließend die Polizei angerufen, um den Vorfall zu melden, so die Angaben der Frauen. Die Beamt*innen seien nach ungefähr einer halben Stunde gekommen, als die Angreifer*innen schon weitergezogen waren. Sie hätten die Daten der Frauen aufgenommen und sie gefragt, warum sie überhaupt zur Demonstration gekommen seien. Die Polizist*innen hätten impliziert, dass der friedliche Protest eine Provokation gewesen sei.

REGIERUNG SIEHT KEIN PROBLEM

Für Mariusz Blaszczak, Polens Innenminister von der national-konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), fand der Unabhängigkeitstag 2017 in „guter ▶



Bei der Poniatowski-Brücke werden die Frauen von Demonstrant*innen beschimpft und angegriffen. © Tomasz Stepień/OKO.press

Einige Demonstrierende und Organisator*innen der Veranstaltung versuchen, die Frauen zu beschützen.
© Tomasz Stepień/OKO.press



Atmosphäre“ statt: „Wir konnten die weiß-roten Fahnen in den Straßen Warschaws sehen, das war ein schöner Anblick.“ Die Vorfälle erwähnte der Innenminister in seinem Interview mit der polnischen Nachrichtenagentur PAP nicht. Und das, obwohl andere Medien in Polen über bengalische Feuer und rassistische Spruchbänder am 11. November 2017 berichtet haben.

Laut unabhängigen Medien soll der öffentlich-rechtliche Sender TVP nur

jene Bilder senden, die ins Bild der Regierung passen: weiß-rote Fahnen, verschiedene Generationen beim gemeinsamen Feiern. Extremistische Symbole oder Banner sind nicht zu sehen.

Fotos und Videos von Teilnehmer*innen in sozialen Medien zeigen jedoch ein anderes Bild: Demonstrierende stellen rassistische und faschistische Symbole zur Schau, etwa Falanga, ein Symbol der Rechtsextremen in Polen, oder Keltenkreuze. Andere entzündeten bengalische Feuer, die die Umgebung in ein rotes Licht hüllen. Einem Bericht der britischen Tageszeitung „Guardian“ zufolge nahmen am 11. November 2017 in Warschau rund 60.000 Menschen an Kundgebungen nationalistischer Organisationen teil. Laut Expert*innen sei es in Europa eine der größten Versammlungen rechtsextremer Aktivist*innen in den letzten Jahren gewesen.

„STÖRUNG EINER VERSAMMLUNG“

Nach dem Vorfall reichten die 14 Frauen von der Poniatowski-Brücke eine Beschwerde bei der Staatsan-

waltschaft wegen schwerer Körperverletzung ein. Als Beweismaterial legten sie Videos und Fotos von der Demonstration und ärztliche Dokumentationen der erlittenen Verletzungen vor. Doch am 31. September 2018 entschied die Staatsanwaltschaft, die Untersuchung der Attacke gegen die Frauen einzustellen, da das Verfahren von keinem öffentlichen Interesse sei. Die Angreifer*innen hätten lediglich ihren Unmut darüber geäußert, dass die Frauen ihre Marschrouten blockierten.

Doch damit nicht genug. Anstatt die für den Angriff Verantwortlichen zu ermitteln und zur Rechenschaft zu ziehen, verurteilten die Behörden neun der 14 Frauen wegen „Störung einer rechtmäßigen Versammlung“ zu Geldstrafen. Zudem müssen sie die Gerichtskosten tragen. Und alles nur, weil sie friedlich ihre Meinung geäußert und ein Zeichen gegen Rassismus, Intoleranz und Faschismus gesetzt haben.

„Ich kann nicht glauben, dass in Warschau, einer Stadt, die während des Warschauer Aufstands [1944]

von Faschisten dem Erdboden gleichgemacht wurde, wieder Faschist*innen durch das Stadtzentrum marschieren und jemand für den Versuch, sie zu stoppen, verurteilt wird,“ sagte die Anwältin der Frauen. Gegen die Entscheidung, die Untersuchung des Angriffs einzustellen, erhoben die Frauen Einspruch. Sie warten bis heute auf ein Urteil.

STRAFE WEGEN FRIEDLICHEM PROTEST

Das Vorgehen gegen die Demonstrantinnen in Polen ist kein Einzelfall: Amnesty beobachtet und kritisiert, dass friedlich Demonstrierende in autoritären und illiberalen Staaten auf der ganzen Welt diffamiert, überwacht und sogar inhaftiert werden. Oft versagt die Polizei dabei, Teilnehmer*innen von Demonstrationen vor Hass und Gewalt zu schützen.

Die Reaktionen der polnischen Regierung und Polizei sind besorgniserregend – nicht nur für die Betroffenen, sondern für alle Menschen in Polen: Anstatt den Vorfall gründlich zu untersuchen, wird ein friedlicher Protest als „Störaktion“ dargestellt und die Organisatorinnen werden strafrechtlich verfolgt. „Die Strafen gegen uns sollen vermutlich als Warnung verstanden

“ **Wir suchen nicht bloß Gerechtigkeit für uns. Wir wollen vor allem das Ungleichgewicht aufzeigen, das zwischen der Polizei und Protestierenden wie uns herrscht.**

Kryska, eine der 14 Frauen, die am 11. November 2017 protestierten

werden. Aber wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir suchen nicht bloß Gerechtigkeit für uns. Wir wollen vor allem das Ungleichgewicht aufzeigen, das zwischen der Polizei und Protestierenden wie uns herrscht“, sagt die 54-jährige Anästhesistin Kryska.

Text von Britta Rotsch

Es beginnt hier. Auf den Straßen in Polen

Polen hat eine lange Protesttradition: Die Menschen haben in der Vergangenheit immer wieder auf den Straßen friedlich für ihre Rechte demonstriert – und so die Gesellschaft und die Geschichte des Landes verändert.

Seit 2016 demonstrieren die Menschen in Polen gegen repressive Gesetze, die die Frauenrechte einschränken und die Unabhängigkeit der Justiz unterwandern. Amnesty-Recherchen haben gezeigt, dass friedlich

Demonstrierende mit restriktiven Maßnahmen konfrontiert sind, die ihr Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit verletzen: Hunderte befinden sich in Polizeigewahrsam und müssen langwierige Gerichtsverfahren durchlaufen. Hinzu kommt, dass Schikane oder Gewalt durch rechtsextreme oder nationalistische Gruppen von den Behörden routinemäßig toleriert werden, solange sie sich gegen Gegen-demonstrierende richten. Im Gegensatz dazu wird friedlichen

regierungskritischen Protestierenden häufig mit groben Polizeimaßnahmen und Strafverfolgung begegnet. Mit unserer Kampagne „Es beginnt hier“ legen wir einen Schwerpunkt auf die Situation in Polen. Wir kämpfen Seite an Seite mit den Menschen, die für die Menschenrechte aufstehen, und setzen uns für die 14 Frauen von der Poniatowski-Brücke ein.

[action.amnesty.at/
14-frauen-polen](https://action.amnesty.at/14-frauen-polen)